Özoguz will Netzwerk gegen Radikalisierung

30. Januar 2017

Osnabrück (KNA) Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), hat nach den islamistischen Anschlägen in Deutschland die Einrichtung einer Bundesstelle „Prävention“ gefordert. „Wir haben viele gute und bewährte Modellprojekte, um Radikalisierung vorzubeugen. Was uns bislang aber fehlt, ist eine bundesweite Vernetzung, damit Bund, Länder und Kommunen von den Erfahrungen des jeweils anderen profitieren können“, sagte Özoguz der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Freitag). Die Staatsministerin strebt ein Kompetenznetzwerk an, das zentraler Ansprechpartner für Politik und Zivilgesellschaft sein soll und über alle Ebenen hinweg arbeiten kann. „Es geht darum, Praxiswissen auszutauschen und allen betroffenen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Stellen effektive Mittel der Vorbeugung anzubieten.“ Das betreffe Schulen und Behörden, aber auch Gefängnisse oder Vereine. Auf Dauer hält Özoguz, die mit ihrem Stab im Bundeskanzleramt arbeitet, die Einrichtung eines Integrationsministeriums für unverzichtbar. „Es wäre gut, wenn dieses Ressort schon in der nächsten Wahlperiode kommt“, sagte die Staatsministerin. Özoguz plädierte erneut dafür, durch islamischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen jungen Muslimen ein Basiswissen über ihre Religion anzubieten. Das helfe, einen Gegenpol zur Verbreitung radikaler Missdeutungen des Koran zu schaffen und möglichen Hasspredigern den Nährboden zu entziehen. „Deshalb ist es gut, dass inzwischen an deutschen Hochschulen Islamische Theologie gelehrt wird“, betonte die Politikerin. Stand Wintersemester 2016/17 waren nach ihren Angaben rund 2.000 Studierende in die Bachelor- und Master-Studiengänge sowie in Lehramts-Studiengängen der fünf Zentren für Islamische Theologie eingeschrieben. (KNA – rklmq-89-00211)

Stand: 13. November 2026